

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1900**

29.12.1900 (No. 357)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. Dezember.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.

Nr. 357.

Unterlangte Druckfachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung. — Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1900.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für das**

**I. Quartal**

**nimmt jede Postanstalt entgegen.**

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 14. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Königlich Sächsischen Kammervirtuosen Emil Sauer in Dresden das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 17. Dezember d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Hofenaufseher Ludwig Hock in Mannheim die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 13. Dezember d. J. gnädigst geruht, den Revisor Wilhelm Bausch bei der Oberrechnungskammer andersherzlich anzustellen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Der Kampf um den neuen Zolltarif.

Der noch gar nicht festgestellte Zolltarif hat schon lebhafteste Kämpfe für und wider hervorgerufen. Es haben nicht nur Handelskammern und andere kaufmännische Körperschaften, wie es ihr gutes Recht ist, zu dieser Frage durch Erklärungen oder Eingaben an die gesetzgebenden Faktoren Stellung genommen, sondern auch Gemeindevertretungen, die nicht die wirtschaftlichen Interessen einzelner Erwerbsklassen, sondern die der kommunalen Gesamtheit zu vertreten haben, sind mit Kundgebungen gegen die Erhöhung der Getreidezölle und gegen die Feststellung eines Minimaltarifs aufgetreten. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß die Bevölkerung selbst sich in dieser Angelegenheit durchaus ruhig und abwartend verhält und daß es den vielfachen Bemühungen kaum gelingen wird, mit ihren Uebertreibungen nach der einen oder der anderen Seite hin in weiten Kreisen den gewünschten Eindruck zu machen. Neuerdings haben einige Neußerungen eines konservativen Reichstagsabgeordneten, des Grafen Rindowström, Gelegenheit gegeben, mit dem Schein positiver Unterlagen sich gegen den neuen Zolltarif zu wenden. Es wird behauptet, die Agrarier seien mit dem Reichskanzler „einig“, daß für das Getreide ein Zoll von sechs bis sieben Mark festgesetzt werde. Das entspricht nicht den Thatsachen, Graf Rindowström hat derartige nicht geküßert und nicht äußern können. Er hat, wie das „Dresdn. Journ.“ berichtet, einfach festgestellt, daß sowohl eine große Reichstagsmehrheit in sich als auch mit dem Reichskanzler in der Ueberzeugung einig sei, daß in dem neuen Zolltarife der Landwirtschaft ein Schutz gewährt werden müsse. Das aber ist längst bekannt und damit muß gerechnet werden, wenn überhaupt Handelsverträge zu Stande gebracht werden sollen. Es sind eben nicht bloß die Agrarier, die einen wirksamen Zollschutz für unumgänglich nötig halten, sondern auch Angehörige anderer Erwerbsgruppen, die für eine Besserstellung der Landwirtschaft eintreten. In welcher Höhe die landwirtschaftlichen Zölle im neuen Tarif festgelegt werden sollen, unterliegt gegenwärtig noch den Erwägungen, und man wird auf jeder Seite, sowohl in der Landwirtschaft als auch in anderen Interessentenkreisen und bei den Konsumenten, davon überzeugt sein dürfen, daß die neue Zollziffer durchaus mit Rücksicht auf alle einschlägigen Verhältnisse, auf das Gemeinwohl festgesetzt werden wird. Bevor man also den Kampf gegen die bis jetzt imaginäre Ziffer verkündet, sollte man doch die Vorlage abwarten und hören, was zu deren Begründung gesagt wird. Es geht nicht an, Dinge, von deren Wesen und Gestalt so gut wie nichts bekannt ist, schon im voraus zu bekämpfen, lediglich um gegen die gewissenhaft und unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Interessenten gehandhabte Vorbereitung der neuen Handelsverträge Mißtrauen zu erregen. Die jahrelange eingehende Arbeit, die die Vorbereitung der Handelsverträge erforderte, hat den Hauptzweck, das

Deutsche Reich mit einer bessern wirtschaftlichen Rüstung zu versehen, als sie bisher vorhanden war. Alle übrigen Nationen sind wirtschaftlich stark gerüstet und schon bei, noch mehr aber nach Abschluß der laufenden Handelsverträge zeigte es sich, was in dieser Hinsicht bei uns zu wünschen bleibt. Wird von den Gegnern einer stärkeren Rüstung angenommen, für das Zustandekommen neuer Verträge sei der zollpolitische Status quo die geeignetste und vortheilhafteste Grundlage, so erscheint das als ein Irrthum: denn die Vertragsstaaten würden es sich angelegen sein lassen, nur noch neue Zollermäßigungen zu erreichen. Alle die jetzigen vorläufigen Einwände gegen den zukünftigen Zolltarif sind lediglich dazu angethan, dem Auslande Waffen für die bevorstehenden Kämpfe um die Gestaltung der handelspolitischen Verhältnisse mit uns zu liefern. Wenn in einem großen Theile der Presse die Meinung vertreten wird, Deutschland sei in einem so hohen Maße vom Auslande abhängig, daß es sich hüten müsse, jenseits der Zollgrenzen Bestimmungen herbeizurufen, daß ihm einzig übrig bleibe nachzugeben, um verheerende Zollkriege zu vermeiden, so muß das im Auslande dahin wirken, daß man sich dort bei der Gewährung von Konzessionen so zurückhaltend wie möglich zeigt, dagegen bei der Forderung von Zugeständnissen so anpruchsvoll wie möglich auftritt. Die erwähnten Preisübererungen können nämlich im Auslande nur das Gefühl erwecken, als fühlten wir uns zu schwach, als sei das mächtige Deutsche Reich, militärisch unvergleichlich stark gerüstet, in wirtschaftlicher Beziehung ohnmächtig und genöthigt, vor Drohungen rasch zurückzuweichen. Diesen Eindruck nach außen zu verstärken, dazu wird sich unsere Bevölkerung nicht hergeben.

### Börse und Handel im Jahre 1900.

— Frankfurt, 27. Dezember.

Nach einer langen ungetrübten Epoche wirtschaftlichen Aufschwungs hat das Jahr 1900 den Stillstand und den ihm folgenden Rückschlag gebracht, von dem sich noch nicht erkennen läßt, wann er übermunden sein und den Boden für neue Besserung geebnet haben wird. Die Ausdehnung der industriellen Tätigkeit hatte ihren Ursprung hauptsächlich in dem großen inländischen Bedarf. Die Bestellungen des Staates für militärische, Schiffsbau- und Eisenbahnwerke spielten dabei eine große Rolle. Die Umgestaltung des Straßenbahnnetzes in Verbindung mit der reichen Tätigkeit, die die Elektrizität auch außerhalb für Kraft- und Lichtversorgung entfaltet, schied eine kaum auszuschöpfende Quelle neuer Beschäftigung für die Industrie werden zu sollen. Dazu kam die Bauhäufigkeit, die in den großen Städten zu völliger Neubildung mancher Straßen führte, und durch die Herstellung neuartiger Häuser und Tiefenbauten allmählich auch die Gaudernden und Altmöblichen mit sich fortriß, sodaß man im besten Zuge war, Vieles niederzureißen, mit dem man sich nach den bisherigen Begriffen sehr wohl noch eine Zeit lang hätte befassen können. Die Konjunktur erschien auf allen Gebieten eine so glänzende, daß die großen Unternehmungen ihre Betriebe ausdehnten, daß für jeden erfolgreichen Fabrikationszweig harter Wettbewerb sich herausbildete, sodaß nicht nur die Gewinne herabgemindert wurden, sondern daß der ganze Geschäftszweig unter Ueberproduktion zu leiden hatte. Wir brauchen hierbei nur an die meteorartige Entwicklung der Fahrradindustrie zu erinnern. Aber nicht nur im einzelnen, auch im großen und allgemeinen hatte die Ausdehnung der Betriebe ihre nachtheiligen Folgen, und es mußte sich bei dem ersten Nachlassen des Bedarfs zeigen, daß die Anspannung der Erzeugung zu einem Rückschlag führen mußte. Gerade das Land, von dem er ausging, hat sich am raschesten und gründlichsten erholt, und zeigt heute wieder eine Blüthe des Handels, der Industrie, des Effektengeschäfts, die alles bisher Dagewesene übersteigt. Aber man ist sich mehr und mehr bei uns klar darüber geworden, daß der Aufschwung in Amerika für uns nicht das Gleiche bedeutet, daß dort nach der Präsidentenwahl auf's Neue zum Durchbruch getommene aufsteigende Konjunktur nur wieder zu einer weiteren mächtigen Ausdehnung der dortigen Produktion und der Betriebe führen wird, deren nachtheilige Folgen sich bei uns sofort geltend machen dürften, sobald jenseits des Ozeans eine Erschütterung oder auch nur ein Nachlassen eintreten sollte. Die Gründe, auf denen bei uns die Veränderungen in den Anschauungen und die dadurch erzeugte Umgestaltung in den Verhältnissen der Industrie sowohl als der Börse beruhen, sind die gleichen, die sich immer während jeder Periode des Aufschwungs und der Steigerung der Preise anschließen. Es wurde mehr Geld gebraucht, und da der Geldwert sich zugleich infolge der beiden Kriege in Südafrika und in China hob, so bildete sich eine Lage heraus, bei der die Industrie nicht nur mit theurem Gelde zu rechnen hatte, sondern überhaupt in Schwierigkeiten für die Beschaffung der erforderlichen Mittel gerieth. Eine charakteristische Erscheinung des Jahres 1900 ist es, daß eine ganze Reihe großer industrieller Gesellschaften sich in die Nothwendigkeit versetzt sah, Anleihen aufzunehmen, für die über 4½ Proz. Zinsen bewilligt werden mußten, und daß in manchen Fällen auch wieder der 5 Proz. Zinssatz eingeführt worden ist. Die höchsten Farbwerke, die bisher keinerlei Prioritätenschuld hatten, haben eine 4prozentige Anleihe von 10 Millionen Mark. Eine ganze Anzahl 4½prozentiger elektrischer Obligationen (über 100 Millionen Mark) wur-

den in diesem Jahre zur Ausgabe gebracht, und diese Anleihen bilden eine dauernde Belastung der Betriebe, deren Ertragsausichten unteufelbar zurückgegangen sind.

Ein gut Theil der Ernüchterung, die gegenüber der vorausgegangenen Ueberchwänglichkeit in den Anschauungen eingetreten ist, hängt mit der Beurtheilung der elektrischen Industrie zusammen, deren Gebieteroberungen man noch im verfloßenen Jahre für unabsehbar gehalten hatte, und bei der man jetzt mit der Wahrscheinlichkeit rechnet, daß es eine gute Zeit hindurch langsamer gehen wird.

Von ihr aus ist dann solche Einwirkung auf die Eisenindustrie ausgegangen, bei der sich übrigens die geradezu phantastische Furcht vor der Unmöglichkeit der Beschaffung des Materials brechen und zu einem Rückschlag führen mußte. Dies war eine förmliche natürliche Entwicklung. In den ersten Monaten, als die Berichte in den Blättern die Anspannung bei den Werken gar nicht grell genug darstellen konnten, und die Verbraucher unter dem Eindruck der Angst standen, daß sie überhaupt kein Material bekommen könnten, da besten sie sich nicht nur für den unmittelbar vorliegenden Bedarf, sondern noch auf weite Zukunft hinaus. Dann kamen allmählich die ungünstigeren Nachrichten über den Stand der Industrie, und da suchten sich die Käufer der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu entziehen, so daß mit Hilfe der verwickelten Spezifikationen sie die erst erteilten Aufträge unwirksam zu machen wußten, ein Verfahren, mittelst dessen man unsolide Grundstücke in die Eisenindustrie übertragen hat.

Die Kohlenindustrie erfreute sich während des ganzen Jahres gleichmäßiger und gesunder Verhältnisse und die jüngsten Debatten über die Kohlennoth haben wohl die öffentliche Meinung darüber aufgeklärt, daß es dem Staate möglich sein wird, den theilweise mit etwas grellen Farben geschilderten Zuständen zu steuern und für die ausreichende Kohlenförderung Gewähr zu schaffen. Uebrigens hat der Beschluß des Kohlenbündels, für das nächste Quartal eine Förderungsbeschränkung von 10 Proz. eintreten zu lassen, wohl nach der Richtung beruhigend wirken können, daß es mit der Kohlennoth nicht gar so schlimm bestellt sei. Man braucht aber auf der anderen Seite in dieser Maßregel nicht ein Zeichen dafür zu sehen, daß es mit der Kohlenindustrie auch abwärts geht. Denn dem Kohlenbündel darf man es ruhig nachsagen, daß es seine Tätigkeit nicht auf eine künstliche und übermäßige Beeinflussung der tatsächlichen Verhältnisse gerichtet hält, sondern auf Stabilität gegenüber Ausschreitungen nach einer oder der anderen Seite hinarbeitet.

Sowohl der Krieg in Südafrika als die Vorgänge in China haben hemmend auf die Industrie und vertheuernd auf den Geldstand eingewirkt. Man glaubt mit der Wahrscheinlichkeit rechnen zu dürfen, daß wenn jene Kriege zu Ende sind, davon neue kräftige Impulse für die Industrien der verschiedenen Länder ausgehen dürften. Aber für eine Wiederkehr des außerordentlichen Bedarfs ist doch vorerst keine Gewähr vorhanden, und darum erweist es sich als eine politische und wirtschaftliche Nothwendigkeit für uns, daß wir den Ausfuhrhandel pflegen. Dieser sollte zu allen Zeiten nicht vernachlässigt werden, damit die überschüssige einheimische Produktion stets ein Abflußgebiet findet. Unsere ganze Politik war seit Jahren darauf gerichtet, daß für den deutschen Handel weite Gebiete erobert werden, und dem entspricht es auch, daß unsere Rohstoffverbände sich für Vergütungen auf die zur Ausfuhr gelangenden Erzeugnisse prinzipiell verständigt haben. Eine solche vorläufige Einigung ist zwischen dem Norddeutschen Handelsverband und dem Kohlenbündel und dem Halbzweigverband nach der Richtung erzielt worden, daß für die Kohle ein Betrag von etwa 15 M. vergütet wird, was eine solche Vergütung aber nur an Verbände gerichtet werden soll. Für die Pflege des Ausfuhrhandels erweist es sich unerlässlich, daß bei den Handelsverträgen zwar der Schutz der Landwirtschaft zu Theil werden muß, nicht aus dem Auge gelassen werde, daß aber die Interessen der Industrie in vollem Maße Berücksichtigung finden müssen. Diese wichtigen Fragen werden nun wohl in der nächsten Zeit die Erörterungen beherrschen.

Die Geschäftswelt hat die Ernennung des Grafen v. Bülow zum leitenden Staatsmann mit Wärme und Hoffnung begrüßt, und sie begt die Ueberzeugung, daß er in den für das deutsche Wirtschaftsleben, für den Nationalwohlstand entscheidenden Fragen sich als der klare, energische und vorurtheilslose Mann betheiligen werde, als der er in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten sich der allgemeinen Anerkennung erfreut. Freilich läßt sich eine großartige Welt- und Welthandelspolitik nicht damit vereinbaren, daß man das wichtigste Organ des Handels, die Börse, in ihrer Leistungsfähigkeit herabdrückt. Es sind von berufenen Vertretern des Handelsstandes Petitionen für eine Abänderung des Börsengesetzes an den Reichskanzler gegangen, die sich durch ihren maßvollen und sachlichen Ton vorthellhaft von den Anstrengungen der Agrarier unterscheiden, die auf eine Verschärfung des Börsengesetzes hinstreben. Die hohen Stempelgebühren haben sich zu einer Art von Prohibitivzöllen gegen die Einfuhrung guter ausländischer Wertpapiere gestaltet, und es ist dadurch die deutsche Arbitragefähigkeit mit dem Auslande so gut wie lahm gelegt worden. Die Bestimmung des Börsengesetzes, durch die dem Gewissenlosen die Möglichkeit geboten wird, sich den Folgen eingegangener Verpflichtungen zu entziehen, wenn nicht zur Zeit des Abschlusses eine bestimmte Formalität erfüllt war, hat einen Grundsatz unmoralischer Handlungsweise in die Gesetzgebung getragen, der so rasch und gründlich als möglich aus ihr beseitigt werden sollte. Daß die Wirkungen des Börsengesetzes sich erst jetzt fühlbar machen, hängt einfach mit der Thatsache zusammen, daß vorher die stark aufsteigende wirtschaftliche Konjunktur sie nicht hatte zum Ausdruck kommen lassen. Für den Staat erweist es sich auch wünschenswerth, der Bedeutung und Leistungsfähigkeit der deutschen Börsen wieder aufzuhelfen, da sie sonst ihrer nationalen Aufgaben, insbesondere bei der Ausgabe von Staatsanleihen nicht gerecht werden können. Schon zu Anfang des vorigen Jahres hat der preussische Finanzminister sich gegen die Einfuhrung auswärtiger Staatsanleihen mit den Worten ausgesprochen: „Die Anleihen der deutschen Staaten wirken nicht so sehr auf den

Geldmarkt ein, wie die Anleihen auswärtiger Staaten. Man sollte sich zehnmal bedenken, ehe man sich jetzt entschließt, derartige Anleihen auf unseren deutschen Markt zu bringen. Wenn sie mit Rücksicht auf die allgemeinen Interessen des deutschen Geldmarktes möglichst zurückgehalten würden, so wäre das im allerhöchsten Grade erwünscht. Diese Aeußerungen hatten sowohl die Rücksicht auf unsere Geldverhältnisse im Auge, als sie namentlich die Konkurrenz gegen die zur Emission beabsichtigten deutschen Staatsanleihen verhüten wollten.

Grade in den ersten Monaten des Jahres war die Haltung der deutschen Staatspapiere eine sehr matte, und es erwies sich von Nachtheil, daß die deutschen Märkte für diese Anleihen nicht genügend gepflegt worden waren. Die kleinen Anleihen, die durch verschiedene Einzelstaaten zur Ausgabe gelangten, übten empfindlichen Druck aus. Im März wurden 42 Millionen Mark 3 1/2 Proz. Bayerische Obligationen zu 93 1/2 Proz., im April 28 Millionen 3 1/2 Proz. Badische zu 93.40 ausgegeben. Die Ausgabe von 51 1/2 Millionen Mark 3 Proz. Sächsischer Rente im Mai wirkte am besten so verstimmend, weil der Preis (83 1/2 Proz.) bedeutend niedriger war, als der Tageskurs.

Seitens des Preussischen Staates wurden keine Ansprüche an den Geldmarkt gemacht. Dagegen hat das Reich unter Mitwirkung der Reichsbank und durch die Vermittlung der Diskontogesellschaft, der Norddeutschen Bank in Hamburg und dem Bankhaus M. M. Warburg & Co., daselbst, mit dem Bankhaus Ruhn Loeb & Co. in New-York und der National-City Bank daselbst 80 Millionen Mark 4 Proz. Schatzanweisungen fällig 1904 und 1905 abgeschlossen. Es ist nicht bestimmt bekannt geworden, wie die Uebernahme dieser Anleihe stattgefunden hat. Man hat sich aber gewundert, daß für einen solch kleinen Betrag die amerikanische Mitwirkung in Anspruch genommen worden ist, und daß man dafür eine kurzfristige Schatzanleihe gewählt hat, die jedenfalls bei uns auch genügend genommen worden wäre. Da auch bei den einzelnen Bundesstaaten der Uebergang zu dem 4 Proz. Anleihebypus beschlossen wurde, so bemüht sich der Besitzer 3 1/2, 3 und 3 Proz. Obligationen tiefe Mithimmung. Denn zu Beginn der Periode des industriellen Aufschwungs und der damit in Verbindung eingetretenen Vertreibung des Geldwertes hatte man den Zinsfuß der 4 Proz. Anleihen auf 3 Proz. herabgesetzt, und in der Zeit des Niederganges der Industrie und der damit zusammenhängenden Erleichterung in den Geldverhältnissen ging man wieder zu dem 4 Proz. Zinsfuß zurück. Was die demnach zu befriedigenden Geldbedürfnisse des Reichs anbetrifft, so scheint es, daß dafür noch nicht zu 4 Proz. Anleihen geschritten werden soll. Bei den in Aussicht stehenden Anleihen der Einzelstaaten wird aber wohl dieser Zinsfuß zu Grunde gelegt werden.

Mit dem Aufhören der Leidenschaft des Publikums für industrielle Anlagen ging eine Wiederkehr der zu Anfang des Jahres vollständig geschwundenen Vorliebe für die Anlage in erhaltenden Papieren Hand in Hand, so daß die Kaufkraft für Staats- und Städteobligationen sich wesentlich gesteigert hat, und was in den letzteren zum Verkauf gelangte, rasche und gute Aufnahme fand.

Diese Entwicklung wurde noch gefördert durch die Vorgänge auf dem Pfandbriefmarkt. Seit mehreren Monaten ist bereits die Rede von bösartigen Zuständen, die bei zwei Hypothekendarlehen, der Preussischen Hypothekendarlehenbank und der Deutschen Grundschuldbank in Berlin, sich herausgebildet hatten. Die Untersuchungen, die darüber angestellt wurden, haben ergeben, daß selbst die pessimistischsten Befürchtungen weit hinter den Tatsachen zurückblieben, und die Leiter dieser Banken werden sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben. Die Intervention, die für die Preussische Hypothekendarlehenbank zu Stande kam, hat für deren Obligationenbesitzer das Schlimmste verhütet. Was aus denen der Deutschen Grundschuldbank werden wird, darüber läßt sich noch nichts sagen. Jedenfalls wird man nicht viel Gutes zu hoffen haben.

(Telegramm.)

\* Berlin, 28. Dez. Zu der Versammlung der Pfandbriefbesitzer der Preussischen Hypothekendarlehenbank am 31. d. M. sind mehr als die Hälfte der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe, also über 180 Millionen, angemeldet. Dagegen sei es zweifelhaft, ob für die Versammlung der Realobligationäre der Deutschen Grundschuldbank am 29. d. M. der erforderliche Betrag von 49 Millionen erreicht werde.

### Der Schluß des Anno Santo.

Z Rom, 26. Dezember.

Am 24. Dezember hat Leo XIII. den Anno Santo geschlossen. Wenn er auf dieses Jahr zurückblickt hat er es nicht zu bereuen, daß er der Gastfreundschaft des neuen Rom vertraut und das Jubeljahr verkündigt hat. Die katholische Welt hat seinem Ruf mit größtem Eifer Folge geleistet, ein Pilgerzug ist dem andern gefolgt und aus den entlegensten Weltgegenden, wo nur immer Katholiken leben, sind die Pilger in der Ewigigen Stadt zusammengekömmt.

Der Beginn des Jubeljahres war durch eine Reihe unglücklicher Zwischenfälle, durch schlechtes Wetter, durch Epidemien u. a. gestört worden, und während einiger Wochen gefiel sich die kirchenfeindliche Presse darin, von dem Fiasco des Anno Santo zu sprechen. Aber schließlich mußte sie den Rückzug antreten. Seit Oktober ergoß sich die Fluth der Pilgerzüge ohne Aufhören über Rom. Das Jubiläum von 1900 hat wohl seit den letzten Jahrhunderten die meisten Gläubigen in die Ewigige Stadt geführt. Es dürfte keine Uebertreibung sein, wenn man ihre Zahl auf mehr als eine halbe Million einschätzt.

Was auch die intransigente Presse sagen mag, es steht fest, daß Leo XIII., indem er das Jubeljahr verkündigte, der neuen Regierung ein verhältnißloses Vertrauensvotum gegeben hat und daß dieses sein Vertrauen nicht getäuscht wurde. Verdient die Thatfache nicht Bewunderung und Aufmerksamkeit, daß der ganz außergewöhnliche Zusammenlauf von Pilgern aller Nationalitäten, der Rom seit zwölf Monaten überschwebt, keine, auch nicht die geringste Störung erlitt, von keinem Mißklang getrübt wurde, daß alles in vollster Ruhe und Ordnung verlief? Bei dem Zwiepakt zwischen dem Papstthum und dem offiziellen Italien war das Jubiläum eine Probe, die das neue Regime zu bestehen hatte. Man darf mit Genugthuung feststellen, daß es diese Probe glänzend bestanden hat. Nach den Ergebnissen dieses Jahres hat Niemand mehr das Recht, mit Anspruch auf Glaubwürdigkeit die Behauptung aufzustellen, daß die Residenz der beiden Gewalten — des Papstthums und des Königs-

thums — in Rom die Freiheit des Heiligen Stuhls und seiner Beziehungen zur katholischen Welt beeinträchtigt.

Das Jubiläum von 1900 ist von einer Reihe tragischer Ereignisse begleitet, die für alle Zeiten die Erinnerung an dasselbe in den Herzen der Italiener wach erhalten werden: die Kriege in China und Transvaal, die Ermordung des Königs Humbert, die große Liber-Überschwemmung u. s. w. Aber abgesehen von diesen nicht vorauszu sehenden Ereignissen muß man anerkennen, daß das Jubiläum von 1900 in der Reihe der großen römischen Jubiläen eine ganz eigenartige Stelle einnimmt. Es ist das erste seit Rom die Hauptstadt Italiens ist. Es war ein Experiment, und man muß anerkennen, daß es geglückt, und über alle Erwartung geglückt ist. Denn, um es zu wiederholen, das so eben geschlossene Jubeljahr war eines der glänzendsten und am meisten besuchten, die die Geschichte kennt.

Dieser Thatfache thut es keinen Abbruch, daß Leo XIII. in der Allokation des letzten Konfistoriums geglaubt hat, die Thronbesteigung Victor Emanuels III. benützen zu sollen, um den Protest des Heiligen Stuhles gegen die Besitzergreifung von Rom zu erneuern, und daß dieser Protest dem beim Heiligen Stuhl beglaubigten diplomatischen Corps mitgetheilt wurde. Dieser Protest entspricht der traditionellen Haltung des Heiligen Stuhles. Erst im Jahre 1893 hat man aus der Eidesformel der neuerwählten Karbinale die Verpflichtung entfernt, Avignon zurückzugewinnen. Und Jahrhundertlang haben die Päpste gegen den weltlichen Frieden Verwahrung eingelegt. Wegen das Papstthum — wie es eben bei Gelegenheit der Veranstaltungen des Anno Santo gethan — sich de facto der neuen Ordnung der Dinge unterwerfen und die großen Feste in St. Peter unter den Schutz der königlich italienischen Armee und Polizei stellen, so legt es stets Werth darauf, laut zu erklären, daß es in der Theorie sich nicht vor den vollendeten Thatfachen beugt.

Nichts kann diese eigenartige Lage der Dinge besser kennzeichnen als das merkwürdige Zusammentreffen, daß in der gleichen Vormittagsstunde des 24. Dezember 1900, in welcher die vielen Tausende von Pilgern und anderen Gläubigen nach St. Peter strömten, das römische Volk dem Bahnhof zueilte, um die Königin Margherita bei ihrer Rückkehr nach Rom zu begrüßen und daß hier wie dort die glänzenden Kundgebungen für den erhabenen Greis im Schmuck der Tiara und für die Hohe Frau, welche alle Italiener schwärmerisch verehren, sich in größter Ruhe und Ordnung vollzogen. Nur Rom kennt solche Schaupiele, denen die Welt bewundernd zuschaut, dieses neue Rom, welches gleichzeitig der freie Mittelpunkt der katholischen Welt und die ruhmreiche Hauptstadt des wiedergeborenen Italien ist. Man darf da wohl an das Bibelwort erinnern: „Im Hause meines Vaters ist Platz für Alle.“

### Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 28. Dezember.

Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin sind heute Nachmittag 2 Uhr 48 Minuten von Schloß Baden zu dauerndem Aufenthalt hier eingetroffen. Gleichzeitig mit den höchsten Herrschaften ist auch Ihre königliche Hoheit die Erbprinzessin hier angekommen.

(Durch Mittheilung des Stadtraths) wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß laut Landesherzoglicher Verordnung vom 14. d. M. gemäß § 3 des Gesetzes vom 16. August d. J. „die Aufhebung des Pflastergeldes und die Auscheidung von Landstrichen betreffend“ mit dem 1. Januar 1901 die der Stadt Karlsruhe auf Grund der Artikel 2 und 3 des Gesetzes vom 5. Oktober 1890 noch zustehende Berechtigung zur Erhebung von Pflastergeld erlischt. Die Verbrauchsteuern und Standgelde werden in der bisherigen Weise weiter erhoben.

W. (Das Waisenhaus) hielt am Nachmittag des Stephanstages seine diesjährige Weihnachtseier ab, dem der Groß. Amtsvorstand, Herr Ges. Regierungsrath Föhrenbach, der Vorsitzende des Verwaltungsraths, Herr Stadtrath Dr. Binz, sowie die Herren Verwaltungsrathsmitglieder, der Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde Mühlburg, Herr Stefan Gertz, und eine große Anzahl von Angehörigen der Waisen und von Freunden der Anstalt bewohnten. Herr Dr. Binz begrüßte die zahlreich Erschienenen und gab über die Thätigkeit der Anstalt in dem zu Ende gehenden Jahre Aufschluß. Wir entnehmen den Ausführungen, daß das Waisenhaus zu Jahresanfang 39 Jüglinge, zu Jahresende 42 Jüglinge hatte, während weiter der Eintritt von 9 Kindern bevorsteht. Der Herr Verwalter hat den Handfertigkeitsunterricht für die Knaben eingeführt, die Mädchen finden in hauswirtschaftlichen Arbeiten Unterweisung. Die ausgestellten Arbeiten legten ein rühmliches Zeugniß von dem Fleiß der Kinder und dem Erfolg der Lehrthätigkeit der Hauseltern ab. Daß dem erwähnten Herr Binz das auf Wunsch Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin ergangene Anerbieten, die aus der Anstalt zu entlassenen Mädchen in den Dienst des Badischen Frauenvereins aufzunehmen, um den armen Waisen auf diese Art ihr Fortkommen zu erleichtern. Die Gesundheitsverhältnisse der Jüglinge waren im abgelaufenen Jahre günstig; leider war dies nicht bei dem Verwaltungsrathe der Fall, welcher in dem dahingegangenen Anstaltsarzte Herrn Ges. Hofrath Dr. v. Seyfried einen treuen Berater betrauert und der ferner an dem Herr Verwalter Gscheidlen betroffenen Verlust des einzigen Töchterchens aufrichtigen Anteil genommen hat. Herr Binz hob hervor, daß trotz dieses Vorkommnisses die Hauseltern es verstanden haben, die ihnen obliegenden schweren Aufgaben zu voller Zufriedenheit zu erfüllen, wofür denselben der Dank ausgesprochen wurde. Der Dank sei ferner den edlen Siftern der Weihnachtsgaben, den Wohlthätigern und Freunden der Anstalt, den staatlichen und städtischen Behörden, vor allem aber Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin auszusprechen, Allerhöchstdenke die Anstalt wieder mit einer Gabe von 120 M. und die Jüglinge mit einer solchen von 400 M. zu bedenken geruhen. Mit Dank wird ferner das Anerbieten des Herrn prakt. Arztes Dr. Baumgartel, seine Kräfte der An-

stalt widmen zu wollen, verzeichnet. Eine Aufforderung an die Kinder, durch Folgsamkeit und Wohlverhalten für das in so überaus reichem Maße bewiesene Wohlwollen erkenntlich zu sein, beschloß die Worte des Vorsitzenden, worauf Herr Stadtvikar Knobloch den Begriff des Weihnachtsfestes und des Christbaums in sinniger Weise erläuterte. Vorträge der Kinder, die Aufführung eines Weihnachtsfestspiels und die Gabenvertheilung unter dem leuchtenden Weihnachtsbaum beendete die Feier.

(Selbstmord.) Ein Studirender der hiesigen Technischen Hochschule aus Brzezunia hat sich gestern Nachmittag in seiner Wohnung erschossen.

\* Tauberbischofsheim, 27. Dez. Als werthvolles Weihnachtsgeschenk erhielt heuer unsere Stadt das elektrische Licht. Am Heiligen Abend verbreiteten zum ersten Male die elektrischen Straßenlaternen eine hier ungewohnte Helle.

hb. Mannheim, 27. Dez. Wie uns mitgetheilt wird, sind die geschäftlichen Ergebnisse der Rheinischen Hypothekendarlehenbank in Mannheim im Jahre 1900 so günstig, daß auch in diesem Jahre wie im Vorjahr voraussichtlich eine Dividende von 8 1/2 Proz. zur Vertheilung gelangen wird.

### Landwirtschaftliche Besprechungen und Versammlungen.

Sonntag, 30. Dez. Generalversammlung der Zuchtgenossenschaft, verbunden mit einer landwirtschaftlichen Besprechung in Dreieberg. Landwirtschaftliche Besprechung im Bleisinghof (Gemeinde Schollach).

Sonntag, 6. Jan. Außerordentliche Generalversammlung des Rindlichen Kreditvereins in Ispringen.

### Generalfeldmarschall Graf v. Blumenthal †.

(Telegramme.)

\* Berlin, 28. Dez. Gestern Abend fand für den verstorbenen Generalfeldmarschall Grafen v. Blumenthal im Trauerhause im engsten Familienkreise eine Trauerfeier statt, worauf die Leiche nach der Garnisonkirche übergeführt wurde.

\* Berlin, 28. Dez. Heute Vormittag 11 Uhr fand in der Garnisonkirche die Trauerfeier für den verstorbenen Generalfeldmarschall Grafen v. Blumenthal statt. Vor dem Altar hatten die Angehörigen des Verstorbenen, sowie die Vertreter der Fürsichtigkeit, fremdherliche Offiziere, die Minister und Staatssekretäre, die militärischen Abordnungen, Ritter des Schwarzen Adlerordens, Aufstellung genommen. Kurz vor 11 Uhr erschien das Kaiserpaar, der Kronprinz, die kaiserlichen Prinzen, Prinz Albrecht, die Prinzen des königlichen Hauses, der Erbprinz von Baden, die Prinzen der regierenden Häuser, die im Garde du Corps dienen. Unter Orgelklang betreten das Kaiserpaar, die Prinzen, der Reichskanzler und die Rabinetschefs die Kirche. Ihre Majestät die Kaiserin ließ einen Kranz am Sarge niederlegen. Die Majestäten unterhielten sich mit den Angehörigen des Verstorbenen. Offiziere nahmen dann die Kissen mit dem Marschallstabe und den Orden, 12 andere Offiziere hoben den Sarg empor und unter Glockengeläute setzte sich der Zug in Bewegung. Voran die Ehrenkompagnie und die Träger der Ordenskissen, sodann der sechsöpännige Leichenwagen. Hierauf folgte Seine Majestät der Kaiser mit den nächsten Leidtragenden, sämtliche Prinzen und die übrigen Teilnehmer an der Trauerfeier. Ein sechsöpänniger Galawagen schloß den Zug. Im Lustgarten wurden als Trauerpalat 36 Schüsse abgegeben. Hier waren zur Leichenparade drei Bataillone Infanterie, eine Eskadron Kavallerie und drei Batterien aufgestellt. Diese präsentirten beim Herannahen des Zuges und setzten sich sodann vor die Ehrenkompagnie. Die öffentlichen Gebäude waren halbamt geflaggt. Eine große Menschenmenge hielt die Straßen besetzt. Truppen bildeten Spalier bis zu Lehrter Bahnhof.

\* Stuttgart, 28. Dez. Zum ehrenden Gedächtniß des Feldmarschalls Grafen v. Blumenthal hat das württembergische Armeecorps auf acht Tage Trauer anzulegen. Eine Abordnung nimmt an der Trauerfeier theil.

### Aus der französischen Deputirtenkammer.

\* Paris, 27. Dez. Deputirtenkammer. Das Haus tritt in die Erörterung des Nachtragssetats ein, der sich auf 87 221 000 Frs. beläuft. Darunter figuriren die Ausgaben für die Chinaexpedition mit 55 210 000 Frs. Der Abgeordnete Almond verlangt vom Marineminister Aufklärungen über die Verproviantung der französischen Truppen in China. Es geht, sagt er, aus offiziellen Briefen hervor, daß unsere Soldaten schlecht gekleidet, schlecht genährt und schlecht ausgerüstet sind, während die Verproviantung der deutschen, russischen und japanischen Truppen perfekt war.

Der Marineminister de Lanessan erklärt, die ersten Truppen in China seien die in Tonking stationirten gewesen und sie seien mit den Uniformen, die sie dort getragen, abgegangen. Die Truppen, die von Frankreich abgingen, waren mit allem reichlich versehen.

Der Sozialist Sembat fordert die Regierung auf, die Verproviantung zu beobachten und zu erklären, ob man mit China in Kriegszustand lebe. Er erhebt Einspruch gegen die Greuelthaten, die auch von den französischen Truppen in China begangen worden seien.

Paul de Cassagnac: Es ist gewiß läßlich, gegen die Raubzüge Einspruch zu erheben, aber wo ist die Vogl der Herren Sozialisten, die sich eben anschicken, die religiösen Genossenschaften in Frankreich auszuräumen? (Widerpruch links.)

Sembat: Man tritt jetzt mit weniger Skrupeln an die religiösen Genossenschaften heran, weil man weiß, auf welche Weise sie ihr Vermögen zusammengekömmt haben. Die in China geraubten Gegenstände wurden mit Anweisungen bezahlt, mit Checks auf das Mutterhaus einer religiösen Genossenschaft, und die Militärbehörde mußte eingreifen, damit diese Anweisungen an Ort und Stelle liquidirt wurden. Bischof Fabier hat zugestanden, daß den Soldaten Antheile der Beute zuerkannt worden waren, und zwar in Form von Checks zu je 500 Frs.

Marineminister de Lanessan: Beim Empfang der ersten Nachrichten über die Gemalthätigkeiten habe ich freitige Besetzungen ertheilt, daß die strafbaren Handlungen geahndet werden sollten, falls sie sich bestätigten. Die bisher eingegangenen

Nachrichten lassen erkennen, daß die französischen Soldaten sich solcher Handlungen viel weniger schuldig gemacht haben, als man behauptet. Die Gegenstände, die entweder Privaten oder den Palästen entnommen wurden, werden von der französischen Regierung zurückerstattet oder bei der Regelung des Schadenersatzes in Anrechnung gebracht werden.

**Denys-Cochin (konf.):** Zwischen den europäischen Nationen muß Einvernehmen herrschen, und jede Nation sollte auf die Vorgänge in den benachbarten Parlamenten acht haben. Ich bedaure die Worte des Herrn v. Bülow über den Empfang, den der ehrwürdige Greis in Frankreich gefunden hat, der sich bemüht, Europa für die Verteidigung seines Landes zu interessieren. Die Sprache v. Bülow's entspricht nicht dem universalen Charakter, den die Politik der Zukunft haben muß. In China handelt es sich um eine wirtschaftliche Eroberung. Die englisch-deutsche Abmachung hat wenigstens den Anschein, als habe sie nur einen wirtschaftlichen Zweck. Ich lenke die Aufmerksamkeit der Kammer auf die Fortschritte der französischen Ausdehnung in Afrika, besonders in Bagirmi und Wadai. Wir können von den englischen Parteien lernen, die immer miteinander abgeben, wenn es sich um Fragen der internationalen Politik handelt.

**Doumergue:** Ich muß bemerken, daß der gestern telegraphisch gemeldete Sieg der Franzosen bei Tschifschou nichts Außersgewöhnliches an sich hat. Der General Bailoud hat eine Stadt niedergebrannt und unsere Soldaten haben gemordet.

**Der Vorsitzende:** Sie dürfen unter keinen Umständen auf der Rednerbühne solche Anklagen vorbringen, ohne daß vorher eine Untersuchung stattgefunden hat.

**Doumergue:** Wenn man schon den Grundsatz einer Untersuchung zugibt, so ist das eine Bestätigung meiner Worte. Der Marineminister de Lanessan macht darauf aufmerksam, daß das Telegramm, auf das sich der Redner bezieht, kein amtliches sei.

Die verschiedenen Artikel des Nachtragssetats werden schließend angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte die Kammer ein provisorisches Budget für den Januar.

Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die Reform der Getränkesteuer, jedoch mit einer Abänderung, sodaß der Entwurf an die Kammer zurückkommt.

(Telegramme.)

**Paris, 28. Dez.** Alfred Dreyfus hat unter dem 26. d. M. an Waldeck-Rousseau einen Brief gerichtet, in welchem es zum Schluß heißt: Ich bin gänzlich unschuldig und ich werde bis zu meinem letzten Atemzuge die Anerkennung meiner Unschuld durch die Revision verfolgen. Ich bin ebensowenig der Urheber des mit Anmerkungen durch den Deutschen Kaiser versehenen Bordereaus, das nur eine Fälschung ist, wie des Originalbordereaus, das von Esterhazy stammt. Mit Ausnahme von Henry sind die andern hauptsächlichsten Urheber meiner ungerechten Verurteilung noch am Leben. Ich bin nicht aller meiner Rechte beraubt. Wie jeder Mensch habe ich das Recht, mich zu verteidigen und der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Es verbleibt mir also das Recht, Herr Ministerpräsident, von Ihnen eine Untersuchung zu verlangen, und ich beehre mich, darum bei Ihnen einzukommen.

**Paris, 28. Dez.** Picquart richtete an den Ministerpräsidenten einen Brief, worin er in heftigen Worten dessen Vorgehen in der Affaire Dreyfus, insbesondere in der Amnestiefrage kritisiert. Sie haben, schreibt er, kein Mittel gefunden, um das Amnestiegesetz durchzuführen. Sie haben meinen Freunden sagen lassen, daß man mich gegen meinen eigenen Willen retten müsse. Wohlunterrichtet, der Regierung nahestehende Personen, kündigten an, daß ich in der Armee wieder einen guten Posten, ja sogar eine Auszeichnung erhalten würde als Ersatz für die Unschuldigkeiten, die ich erdulden mußte. Ich verlange Gerechtigkeit in einer Angelegenheit, wo das Interesse des ganzen Landes im Spiele ist und man deutet mir an, daß man mir eine gute Stelle oder Posten anbieten wolle. Sie mögen derartige Mittel häufig angewendet haben! Was mich anbelangt, so will ich Ihnen diese Illusionen nehmen und ich theile Ihnen mit, daß ich die Einprüfungsbeschwerte, die ich gegen meine Streichung aus der Offiziersliste überreicht habe, hiermit zurückziehe.

**Paris, 28. Dez.** Der „Figaro“ spricht die Ueberzeugung aus, daß der Ministerpräsident das Ansuchen Dreyfus' um Einleitung einer Enquete ablehnen werde. — Der „Siecle“ meldet: Das Kabinetministerium erhielt die Nachricht, daß unter den Gefangenen der Eisenbahnkäufe ein bedeutender Aufstand ausgebrochen sei. Zwei Kompanien Marineinfanterie wurden zur Verstärkung der französischen Besatzung nach der Eisenbahnkäufe abgeandt.

## Die Vorgänge in China.

(Telegramme.)

**London, 27. Dez.** Die Abendblätter melden aus Peking vom 26. d. M., Li-Hung-Tschang und Tsching hätten, wie aus ganz sicherer Quelle verlautet, dem Thron zusammen mit der Note der Mächte eine Darlegung ihrer Ansicht gesandt, daß die gestellten Bedingungen sofort ohne Ausschüfte angenommen werden sollen. Die Thatfache, daß dieser Rath ertheilt worden sei, sei schon ein Anzeichen dafür, daß ihm auch unzulänglich entprochen werde. Ferner sollen Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching beschloffen haben, die Mitwirkung der Streitkräfte der Verbündeten zur Wiederherstellung der Civilregierung in Peking nachzusehen und dies Ersuchen sofort zu stellen, nachdem der Thron die Annahme der von den Mächten gestellten Bedingungen erklärt haben werde.

**Peking, 28. Dez.** Prinz Tsching und Li-Hung-Tschang erhielten Nachrichten vom Kaiser. Prinz Tsching besuchte Li-Hung-Tschang und hatte eine Besprechung mit ihm. Der Hof erhob ernste Einsprache gegen die Schleifung der Forts und die Zulassung ständiger Gesandtschaftswachen, die nach Ansicht des Hofes jederzeit, wenn man es wünschte, so stark gemacht werden können, daß sie eine Drohung für den Hof selbst bedeuten. Es wurde beschloffen, vor der Zusammenkunft mit den Gesandten nochmals mit dem Hofe in Verbindung zu treten.

**London, 28. Dez.** „Standard“ meldet aus Shanghai vom 27. d. M.: Kaiser Kwangsi habe einem Telegramm aus Singanfu zufolge bestimmt, daß, wenn der Hof nach Peking aufbreche, General Ma Juhun den Vortrag der den Hof eskortirenden Leibwache befehlen solle.

**New-York, 28. Dez.** Nach einer Depesche aus Peking gingen amerikanische Truppen gestern von Peking ab, um die Verbrennung christlicher Eingeborener zu bestrafen.

**Shanghai, 27. Dez.** Generalkonful Warren begibt sich heute Abend nach Nanking, um vermuthlich über die Lage am Yangtse sich zu informieren. — In Wusung sind zahlreiche mit Steinen beladene Kriegsschiffe vor Anker gegangen, augenscheinlich in der Absicht, um gegebenenfalls den Kanal zu sperren.

**Tientsin, 27. Dez.** Heute und morgen gehen 1100 Mann englischer Truppen ab mit zwei Geschützen unter General Cummins nach Yangtsun, um gegen die Boger zu operiren und die Eisenbahn zu schützen. Es handelt sich um die nämliche Bogerabtheilung, die bei Tschifschou von den Franzosen geschlagen wurde. Auch am Fluße zwischen Tientsin und Taku operiren Truppen der Verbündeten gegen die Boger und Flusspiraten.

## Neuere Nachrichten und Telegramme.

**Berlin, 27. Dez.** Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine königliche Verordnung vom 24. d. M., wodurch der Landtag auf den 8. Januar einberufen wird.

**Weimar, 28. Dez.** Das Bulletin von heute früh betreffend das Befinden Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs besagt: Zu der Influenza sind zwei umschriebene Entzündungsherde in der Lunge hinzugegetreten. Gestern Abend betrug die Temperatur 38,9, Puls 92, regelmäßig bei leidlichem Allgemeinbefinden. Athemzug gleichmäßig 30. Tags viel Schlaf, Nachts wird derselbe durch Husten oft gestört. Die Nahrungsaufnahme und der Kräftezustand sind befriedigend.

**Saar, 27. Dez.** Der Bericht der Kommission der Zweiten Kammer über das Gesetz betreffend die Deirath Ihrer Majestät der Königin konstatirt, das ganze Land billige die Heirath, und würdigt den Wunsch des Herzogs Heinrich, sich naturalisiren zu lassen. Mehrere Mitglieder fanden es für nöthig, ihm ein jährliches Einkommen von 100 000 Gulden zu garantiren, und sprachen die Hoffnung aus, man werde einen hierauf bezüglichen Antrag einbringen. Andere Mitglieder halten einen derartigen Antrag für nicht zuträglich und der Verfassung entgegenstehend. Der Antrag könnte eine dauernde Kritik im Lande aufkommen lassen, die für die Monarchie nachtheilig wäre.

**Antwerpen, 27. Dez.** Die für heute Nachmittag anberaumte Versammlung der Arbeiter und der Vertreter der Ausständigen hat nicht stattgefunden, da die letzteren keine Vertreter entsandt hatten. Der Zuzug auswärtiger Arbeiter dauert fort. Von 25 Dampfern, die am Dual liegen, wird auf 19 gearbeitet. Im alten Bassin wird fast überall gearbeitet. Am Hauptquai, wo die großen Dampfer liegen, arbeiten außer der Belagerung der Schiffe etwa 1000 Mann. Es herrscht vollkommene Ruhe.

**Bukarest, 27. Dez.** Die Kammer genehmigte den Gesetzentwurf betreffend die angefordigte Jollerhöhung auf Weiswazaren sowie den Gesetzentwurf betreffend die Finanzierung der Industrie getrockneter Früchte.

**Konstantinopel, 28. Dez.** Infolge der Vorstellungen des russischen und des französischen Botschafters ist die Durchfahrt durch die Dardanellen für den französischen Dampfer „Ville de Damatade“ freigegeben worden. Das Schiff hat bereits den Bosporus passiert.

**Konstantinopel, 28. Dez.** Die Porte drückte dem englischen Geschäftsträger Buxton ihr Bedauern über den Zwischenfall bei der Pulvermühle aus und sagte volle Genugthuung zu.

**London, 28. Dez.** Die „Times“ melden aus Buenos-Ayres vom 27. d. M.: Die Regierungen von Chile und Argentinien unterzeichneten ein Protokoll, welches allen in letzter Zeit umlaufenden Gerüchten ein Ende machen soll, daß die Beziehungen beider Länder gespannt seien, weil argentinische Kolonisten sich auf dem „Ultima Esperanza“ genannten Theile des stillen Ozeans in Patagonien niedergelassen hätten und dann von der chilenischen Polizei fortgewiesen worden seien. Beide Regierungen sind übereingekommen, keine aggressive Haltung einzunehmen und weisen die Ortsbehörden an, den Status quo aufrecht zu erhalten, der vor dem Ausbruch der Schwierigkeiten bestanden hat.

**London, 27. Dez.** Der „Evening Standard“ meldet: Vier eingegangene Depeschen zufolge wurden die Mannschaften der Yeomanry, die bei der Besetzung der Buren auf Priestka gefangen wurden, wieder freigelassen, nachdem ihnen die Pferde, die Säbel und die übrige Ausrüstung abgenommen war. Die Buren hatten schwere Verluste. Von der Yeomanry wurden 10 Mann einschließlich eines Obersten verwundet. — Reuterbureau erzählt: Der stellvertretende Oberbefehlshaber der Armee, Sir Evelyn Wood, hat den Kommandirer der Infanteriebrigade in Gibraltar, General Colville, aufgefordert, von seinem Kommando zurückzutreten. Nach Colville's Rückkehr aus Südafrika wird die Untersuchung darüber eingeleitet werden, wie weit seine Person mit den Verlusten der Kaiserlichen Yeomanry bei Andlet im Monat Mai zusammenhängt. Im September wurde Colville in das Kommando in Gibraltar wieder eingesetzt. Colville weigert sich, von seinem Posten zurückzutreten.

**Burgersdorp, 27. Dez.** Oberst Grenfell verfolgt Krutzinger's Kommando das man auf 700 Mann schätzt. Er ist in Fählung mit dem Feinde, der sich jedoch nicht stellt. An dem Gesichte um Paisterheubel am letzten Montag verloren die 9. Kanonen acht Mann. Es stößen keine Kap-holländer mehr zu den Buren.

**London, 28. Dez.** Eine Depesche Kitcheners aus Pratoria vom 26. Dezember meldet: General Knox ist in ein Gesecht mit Dewet's Truppen verwickelt, die eine Stellung in der Nähe von Lewofop inne haben. Dewet hofft, durchzubrechen, um wieder nach dem Süden zu gehen. Die östliche Burenabtheilung in der Kapkolonie wird anscheinend am Reipootspruit von den Engländern in Schach gehalten, die westliche Abtheilung ist, wie gemeldet wird, in zwei Theilen nach Norden gegangen, die eine in der Richtung auf Priesta, die andere durch Strubenburg, Engländer folgten ihnen.

**London, 28. Dez.** Kitcheners meldet aus Pratoria vom 27. d. M.: Die Buren griffen in der letzten Nacht Utrecht an, wurden jedoch mit einem Verlust von zwei Töden zurückgeschlagen. Auf unserer Seite ein Mann verwundet. — Die Buren brachten auf der öst-

lichen Eisenbahnlinie in der Nähe von Pan-Station einen Zug zum Halten. Es wurden jedoch Truppen dorthin entsandt und der Feind mit Verlust zurückgeschlagen. Die Ostabtheilung der Buren ist gestern geschlagen und in der Richtung auf Venterstad zurückgetrieben worden. Die Westabtheilung ist gegenwärtig nach dem Norden zurückgedrängt.

**Bryburg, 28. Dez.** Reutermeldung. Eine Abtheilung Buren mit 150 Wagen überschritt die Bahnlinie südlich von Bryburg, eine andere Abtheilung, 270 Mann stark mit einem Geschütz, nördlich von Bryburg. Beide zogen westwärts. Man glaubt, sie treffen nach Damralland.

## Verstchiedenes.

**Stuttgart, 28. Dez.** (Telegr.) Heute Nacht ist das Elektrizitätswerk in Winnenden abgebrannt.

**Wien, 28. Dez.** Die „N. Fr. Pr.“ meldet aus Trient: Ein Ingenieur, der mit Soldaten auf der Straße in Streit gerathen war, wurde von diesen mit Bajonetten verletzt. Infolge dessen demonstirten am Dienstag Abend 500 Personen vor dem Platzkommando und den anderen militärischen Gebäuden mit Schreien und Pfeifen. Militär zerstreute die Demonstrierenden. — Aus Laibach und Pola werden Erdererschütterungen gemeldet.

**Czernewitz, 27. Dez.** In der Markgemeinde Wisznitz brannten 280 Häuser ab. 2500 Personen sind obdachlos.

**Malaga, 28. Dez.** (Telegr.) Wie die Untersuchung durch Taucher ergeben hat, ist ein Wiederflottmachen des Schulschiffes „Gneisenau“ unmöglich.

## Stand der Badischen Bank

am 28. Dezember 1900.

Aktiva.	
Metallbestand	5 441 464 M. 30 Pf.
Reichsbankenscheine	28 285 „ — „
Noten anderer Banken	163 200 „ — „
Wechselbestand	23 158 904 „ 31 „
Lombardforderungen	701 840 „ — „
Effekten	61 462 „ 59 „
Sonstige Aktiva	3 063 293 „ 22 „
	32 618 449 M. 42 Pf.

  

Passiva.	
Grundkapital	9 000 000 M. — Pf.
Reservefond	1 879 107 „ 08 „
Umlaufende Noten	15 583 800 „ — „
Täglich fällige Verbindlichkeiten	4 799 672 „ 25 „
An Kündigungssfrist gebundene Verbindlichkeiten	— „ — „
Sonstige Passiva	1 355 870 „ 09 „
	32 618 449 M. 42 Pf.

Die weiter begebenen, noch nicht fälligen deutschen Wechsel betragen 1 700 560 M. 24 Pf.

Die Direktion der Badischen Bank.

## Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan.

Im Hoftheater Karlsruhe.

**Samstag, 29. Dez.** Abth. A. 26. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) Zum erstenmal wiederholt: „Die Schule der Chemänner“, Lustspiel in 3 Akten von Moliere. In deutschen Versen von Ludwig Fulda. — Zum erstenmal wiederholt: „Die Schule der Frauen“, Lustspiel in 5 Akten von Moliere. In deutschen Versen von Ludwig Fulda. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

**Sonntag, 30. Dez.** Abth. B. 26. Ab.-Vorst. (Mittelpreise.) Zum erstenmal: „Die Abendglocken“, Oper in 2 Aufzügen von G. Stokhof. Musik von M. J. Erb. — Zum erstenmal: „Der Blumensache“, phantastisches Ballet in 1 Akt nach dem gleichnamigen Gedicht von Freiligrath von Ambrogio, Musik von Robert v. Hornstein. Anfang halb 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

**Montag, 31. Dez.** Abth. C. 25. Ab.-Vorst. (Kleine Preise.) „Im weißen Rösch“, Lustspiel in 3 Akten von Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg. Anfang 6 Uhr, Ende nach 8 Uhr.

Der Vorverkauf der Eintrittskarten zu diesen Vorstellungen findet bis längstens 5 Uhr Nachmittags des der betreffenden Vorstellung vorhergehenden Tages an Werktagen jeweils von halb 10 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags zum Kassenpreise zuzüglich 35 Pfennig Vorverkaufgebühr für jede Karte an der Vorverkaufsstelle im Hoftheatergebäude, Eingang Stadtseite, statt. Bei Vorstellungen von Auswärts ist der Betrag für die Karten und die Vorverkaufgebühr (siehe oben), sowie das Porto für die Antwort durch Posteingahlung (nicht Briefmarken) an die Vorverkaufsstelle des Groß-Hoftheaters einzusenden.

**Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd. vom 28. Dez. 1900.**

Ueber Mitteleuropa ist eine tiefe Depression erschienen, welche bereits am Morgen ihren Wirkungsbereich über ganz Mitteleuropa ausgedehnt hatte; das Wetter ist deshalb unruhig, trüb und regnerisch. Die Temperaturen sind infolge von südwestlicher Luftzufuhr gestiegen; sie liegen zur Zeit sehr erheblich über den normalen. Ueber Nordosteuropa hat sich ein barometrisches Maximum festgesetzt; die dort entstandene strenge Kälte (Sibirien -20°, St. Petersburg -14°) hat nordöstliche Winde bis zum Weichselgebiet verbreitet. Da die Depression abzuweichen, und da ihr keine neue zu folgen scheint, so ist etwas kühleres Wetter mit abnehmenden Niederschlägen zu erwarten.

## Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.

November	Barom.	Therm.	Abf.	Relativ-	Wind	Wimmel
	mm	in C.	in mm	Feuchtig-		
				keit in Proc.		
26. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	753.6	2.8	5.2	93	E	bedeckt
27. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	750.2	1.2	4.6	92	„	„
27. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	747.7	5.0	5.5	84	SE	„
27. Nachts 9 <sup>00</sup> U.	745.6	7.4	5.8	89	SE	„
28. Morgs. 7 <sup>00</sup> U.	739.8	9.4	7.1	80	„	„
28. Mittags 2 <sup>00</sup> U.	738.3	7.4	6.6	86	„	„

Regen.

Höchste Temperatur am 26. Dezember: 5.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 1.0.

Niederschlagsmenge des 26. Dezember: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 27. Dezember: 7.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 5.3.

Niederschlagsmenge des 27. Dezember: 0.8 mm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Rej in Karlsruhe.

**Bekanntmachung.**

Die Delegierten des italienischen Schatzministeriums werden Freitag den 11. Januar 1901 zur Besorgung des Affidavit-Dienstes in Karlsruhe sein. Diejenigen Banken und Banquiers, welche die Bordereaux in ihren eigenen Geschäftsräumen beglaubigt zu erhalten wünschen, wollen sich schriftlich an den unterzeichneten Delegierten, per Adresse Herren M. A. von Rothschild & Söhne, Frankfurt a. M., wenden.

Frankfurt a. M., den 27. Dezember 1900.

**Die Delegierten des ital. Schatzministeriums.**  
I. V. Cav. Ugo. Raimondi.

Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich **Düsseldorfer Punschsyrope** von **Johann Adam Röder** (Hoflieferant seiner Majestät des Königs von Preussen).

Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich **Düsseldorfer Punschsyrope** von **Johann Adam Röder** (Hoflieferant seiner Majestät des Königs von Preussen).

Die zum Kirchenbau in **Mußbach** bei Emmendingen notwendigen **Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Tüncherarbeiten**, ferner das Liefern und Verlegen der **Bodenplättchen**, werden hiermit zu öffentlicher Submision ausgeschrieben.

Die Bedingungen zc. sind einzusehen und Angebotsformulare zu erheben bei unterzeichneter Stelle, Zimmer des II. Beamten. **Endtermin 15. Januar 1901.** Zuschlagsfrist acht Tage. **Großh. Bezirksbauinspektion Emmendingen.**

**III. Künstler-Concert**  
Mittwoch, 2. Januar 1901, Abends 7 Uhr, im Museumssaal.  
**Eugen d'Albert.**  
Concertflügel: Steinway & Sons, New-York.

Die für 1-365 Tage (Tag um Tag) ausgerechneten Zinsen aus 1-20,000 Mark (nebst Anhang für 360 Tage und Rententafel für Lohnberechnung) geben **Kraft's Zinstafeln** (Mehler, Stuttgart) **Fünfte Auflage** in übersichtlicher Anordnung, deutlichen Zahlen fehlerfrei. Preis schön und solid gebunden, nur 3 Mk. 30 Pf.

**Erledigtes Stipendium.** Bei der **Leonhard Keller'schen** Stiftung sind drei Stipendien mit je 70 M. jährlich frei.

Anspruchsberechtigt sind **arme Mädchen aus des Stifters Verwandtschaft**, welche sich durch Unterricht oder in weiblichen Arbeiten ausbilden wollen.

**Bürgerliche Rechtsstreite.** Ladung. G158.1. Nr. 16,623. Acher. Die Firma Bellino & Cie., Emaillir- und Stanzwerke zu Göttingen, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Muser in Offenb., klagt gegen die Ehefrau des Geschirrhändlers Plum, vormals Ebert Witwe, früher zu Renschen, jetzt unbekannt Aufenthalt, unter der Behauptung, daß die Beklagte, welche mit Ermächtigung ihres Ehemannes einen Geschirrhändler betreibt und Einkäufe an Geschirre zc. macht, von der Klägerin am 14. November 1899 und 5. Juli 1900 zu den vereinbarten und üblichen Preisen Waaren bezogen habe, wofür dieselbe rechtliche 282 M. nebst den handelsüblichen Zinsen schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung der Beklagten zur Zahlung von:

- a. 282 M. nebst 6% Zins vom 14. November 1899 bis 1. Januar 1900 und von da an 5% Zins - abzüglich einer am 30. November 1900 geleisteten Abschlagszahlung von 20 M. -
- b. 6% Zins aus 315 M. 47 Pf. vom 5. Juli 1899 bis 11. November 1899 - an Klägerin unter Kostenfolge - durch vorläufig vollstreckbar zu erklärendes Urteil.

Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Achern auf **Donnerstag den 14. Februar 1901, Vormittags 8 1/2 Uhr.** Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. **Achern, den 22. Dezember 1900.** **Verichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts.**

3. Johann Titus und Lukas Faschnacht von Königheim auf Antrag des Franz Josef Zugelder in Königheim.

Die genannten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag den 19. August 1901, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. **Tauberbischofsheim, 18. Dezbr. 1900.** **Großh. Amtsgericht.**

Dies veröffentlicht: **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Wagner.**

G98.1. Nr. 20,865. Ettlingen. Der Landwirt Josef Fitterer v. Mörich hat beantragt, den verschollenen Stefan Fitterer von Mörich, zuletzt wohnhaft daselbst, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Samstag den 13. Juli 1901, Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. **Ettlingen, den 21. Dezember 1900.** **Großherzogliches Amtsgericht.**

Dies veröffentlicht: **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. B. Motz.**

G133.1. Nr. 18,820. Waldkirch. Anton Reisch, Landwirt in Siegelau, hat die Todeserklärung der am 17. April 1813 zu Siegelau geborenen, im Jahr 1847 nach Amerika ausgewanderten Krezentia Ropper beantragt.

Der Aufgebotsstermin wird bestimmt auf: **Donnerstag den 11. Juli 1901, Vormittags 10 Uhr.**

Die Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Zugleich ergeht an Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem diesseitigen Gerichte Anzeige zu machen.

**Waldkirch, den 21. Dezember 1900.** **Großherzogliches Amtsgericht.**

Dies veröffentlicht: **Der Gerichtsschreiber: Gähler.**

G134.1. Nr. 18,819. Waldkirch. Andreas Reichenbach von Weibach, Karl Haberstroh von Waldkirch und Josef Tritschler von Kollnau haben die Todeserklärung des am 14. Juni 1819 zu Kollnau geborenen, im Jahre 1850 nach Amerika ausgewanderten Johann Baptist Birkle beantragt.

Der Aufgebotsstermin wird bestimmt auf: **Donnerstag den 11. Juli 1901, Vormittags 10 Uhr.**

Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens im Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

Zugleich ergeht an Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem diesseitigen Gerichte Anzeige zu machen.

**Waldkirch, den 21. Dezember 1900.** **Großherzogliches Amtsgericht.**

Dies veröffentlicht: **Der Gerichtsschreiber: Gähler.**

G131. Nr. 20,680. Konstanz. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fruchthändlers Anton Winkler in Konstanz ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

**Montag den 21. Januar 1901, Vormittags 1/12 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgerichte hier selbst bestimmt.

**Konstanz, den 24. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: A. Burger.**

G148. Nr. 21,869. Lorrach. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Sattlers Gregor Storj in Stetten wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und nach Vollzug der Schlußverteilung hiermit aufgehoben. **Lorrach, den 29. November 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Appel.**

G147. Nr. 34,630. Lorrach. In dem Konkurs gegen Elektrotechniker Karl Schulz in Lorrach wurden durch Beschluß der Gläubigerversammlung vom 20. ds. Mts. zu Mitgliedern des Gläubigerausschusses ernannt resp. bestätigt: Baumunternehmer Wilhelm Dörflinger, Flechenermeister Ludwig Weber und Malermeister Friedrich Eich, alle von Lorrach.

Lorrach, den 24. Dezember 1900. **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Appel.**

G144. Nr. 34,018. Freiburg. Ueber den Nachlaß des Bierhändlers Josef Müller hier wird heute am 19. Dezember 1900, Vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da derselbe überschuldet ist.

Der Kaufmann J. Kell hier wird zum Konkursverwalter ernannt. **Konkursforderungen sind bis zum 7. Januar 1901 bei dem Gerichte anzumelden.**

Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

**Freitag den 18. Januar 1901, Vormittags 9 Uhr.**

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Masse abgefordert werden, in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 7. Januar 1901 Anzeige zu machen.

**Freitag, den 19. Dezember 1900.** **Großh. Amtsgericht.**

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: **Herzfeld, Rpr.**

G146. Nr. 72,906. Pforzheim. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Landwirts Johann Christof Wüst von Würem ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin bestimmt auf:

**Montag den 21. Januar 1901, Vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 15.

**Pforzheim, den 22. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Dufner.**

G145. Nr. 74,374. Pforzheim. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wirts Wilhelm Schmierer in Büchenbrunn ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin bestimmt auf:

**Montag den 21. Januar 1901, Vormittags 9 Uhr,** vor dem Amtsgerichte hier selbst, Zimmer Nr. 15.

**Pforzheim, den 22. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Dufner.**

G129. Nr. 34,792. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Wäbelfabrikanten Franz Schorle in Bruchsal ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin bestimmt auf:

**Donnerstag den 10. Januar 1901, Vormittags 10 Uhr.**

**Bruchsal, den 17. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Schäp.**

G132. Nr. 21,142. Bretten. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Christian Wittroff in Gölshausen ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf:

**Freitag den 4. Januar 1901, Nachmittags 4 Uhr,** vor dem Großh. Amtsgericht Bretten bestimmt.

**Bretten, den 20. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber: Bächner.**

**Vermögensabsonderung.** G107. Nr. 13,221. Wosbach. Durch Urteil der zweiten Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Wosbach vom 24. November 1900 ist die Ehefrau des Schreiners Johann Georg Dieß, Luise geb. Dörzbacher in Schwabhausen für berechtigt erklärt worden, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern.

**Wosbach, den 20. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Kutttruff.**

**Vermögensabsonderung.** G108. Nr. 13,220. Wosbach. Durch Urteil der zweiten Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Wosbach vom 24. November 1900 ist die Ehefrau des Schweinehändlers Wilhelm Dechsner, Babette geb. Schrant in Königshofen für berechtigt erklärt worden, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern.

**Wosbach, den 20. Dezember 1900.** **Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: Kutttruff.**

**Freiwillige Gerichtsbarkeit.** Entmündigung. G14. Nr. 14,779. Triberg. Der 20 Jahre alte Mechaniker Raimund Haberstroh hier wurde wegen Verschwendung entmündigt.

**Triberg, den 17. Dezember 1900.** **Großh. Amtsgericht: gez. Diez.**

Dies veröffentlicht der Gerichtsschreiber: **Röble.**

**Bekanntmachung.** G999.2. Nr. 19,689. Freiburg. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß das Verzeichnis der Stammberechtigten des Stammgutes der Freiherren von Marschall in Neuenbüren von heute an auf die Dauer eines Monats zur Einsicht der Stammberechtigten bei uns offen liegt.

Die Stammberechtigten werden aufgefordert, Anträge auf Verichtigung oder Ergänzung des Verzeichnisses rechtzeitig innerhalb der Offenlegungsfrist unter Vorlage der erforderlichen Urkunden diesbezüglich zu machen. **Freiburg, den 10. Dezember 1900.** **Großh. Amtsgericht II.**

**Bekanntmachung.** G74. Eberbach. Ueber den Nachlaß des Kaufmanns Martin Hofmann von Michelbach wurde die Nachlaßverwaltung angeordnet und Ratisschreiber Philipp Adam Schifferdecker in Michelbach als Nachlaßverwalter ernannt.

**Eberbach, den 20. Dezember 1900.** **Großh. Amtsgericht: (gez.) König.**

Dies veröffentlicht: **Heinrich, Gr. Gerichtsschreiber.**

**Strafgerichtsplege.** Ladung. G159.1. Nr. 24,450. Pforzheim. Achilles Modera di Aliba, geboren am 28. Juli 1875 zu Pforzheim, zuletzt wohnhaft daselbst, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis entweder das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten zu haben.

**Berzegen gegen § 140 Ziff. 1 St.G.B.**

Derselbe wird auf: **Samstag den 9. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr,** vor die II. Strafkammer Gr. Landgerichts Karlsruhe, Antenheimerstr. 7, Eingang Stephansplatz, II. Stock, zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 St.P.O. von dem Großh. Bezirksamt Pforzheim über die der Anklage zu Grunde liegende Thatfache ausgefertigten Erklärung verurteilt werden. **Pforzheim, den 19. Dezember 1900.** **Der Großh. Staatsanwalt: Schlimm.**

**Ladung.** G1000.2. Freiburg. Franz Karl Lehmann, geb. am 22. September 1877 in Hagenau i. El., zuletzt in Freiburg, wird beschuldigt, als Wehrpflichtiger in der Absicht, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubnis das Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigem Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten zu haben.

**Berzegen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 St.G.B.**

Derselbe wird auf: **Dienstag den 12. Februar 1901, Vormittags 9 Uhr** vor die Strafkammer - des Großherzoglichen Landgerichts - zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Civilvorstehenden der Erstkammer zu Hagenau über die der Anklage zu Grunde liegenden Thatfachen ausgefertigten Erklärung verurteilt werden. **Freiburg, den 14. Dezember 1900.** **Großh. Staatsanwaltschaft: Kärcher.**

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.** Die mit unserer Bekanntmachung vom 22. v. Mts. angeklündigten Nachträge I und II zu den rumänisch-deutschen Gütertarifen, Teil II, Post I und 2, sind nunmehr erschienen und können von unsern Verbandsstationen und dem Gütertarifbureau bezogen werden.

**Karlsruhe, den 27. Dezember 1900.** **Großh. Generaldirektion.**